

Glorienschein des Nationalsozialismus umgeben bleiben, der uns ohne Zweifel den Sieg errungen hätte, wenn ihn nicht die böse Resolution daran gehindert hätte.

Indessen ist es, wenn wir nicht irre, Sache des Reiches, für die ordentliche Handhabung der Justiz zu sorgen. Auch ist der Staatsgerichtshof zum Schutz der Republik vom Gesetzgeber ausdrücklich zur Aburteilung von Vergehen von der Art des Ludendorff-Volches bestimmt worden. Es ist daher zu erwarten, daß der öffentliche Ankläger nicht anders wird, den Verbrecher vor das Tribunal zu zitieren. Oder ist er etwa in mögliche formelle Erwürgungen verlassen, wie sie auch in der Angenommenheit der Rückkehr des ehemaligen Kronprinzen zu einer Entscheidung geführt haben, die man unter dem politischen Gesichtspunkt, der dabei allemal maßgebend sein dürfte, höchst verfehlt finden muß? Es Klingt wie ein schlechter Scherz, wenn in der offiziellen Erklärung die Frage so formuliert wird, als habe man es lediglich mit einer rechtswissenschaftlichen Untersuchung darüber zu tun, ob einem deutschen Staatsbürgern, der noch längerer Abwesenheit in seine Heimat zurückkehren wünscht, die Rückkehr verweigert werden kann, nur weil es sich um den früheren Thronfolger handelt". In Wahrheit stand man einfach vor einer Frage der politischen Zweckmäßigkeit, und niemand konnte ernstlich daran zweifeln, daß es politisch unmöglich sei, in die gegenwärtige, mit allen möglichen Schwierigkeiten inner- und außenpolitischer Art bestehende Lage nach einer neuen Verwölbung eines neuen Moltke des Münchens und der Unsicherheit zu tragen. Dabei nehmen wir nicht einmal an, daß, wie im Volle vermutet wird, zwischen dem Ludendorff-Volch und der Rückkehr des ehemaligen Kronprinzen irgendwie bedeutsamer Zusammenhang besteht. Doch wenn man an die bloße Zufälligkeit des Zusammen treffens der beiden Ereignisse glaubt, so muß man erst recht die — Umbesangenheit beweisen, mit der die Reichsregierung in eine, wie man meinen sollte, hingänglich mitter Zeit einen Vorgang hinnehmen läßt, der voraussichtlich gezeigt hat, neue Bewirrung anzurichten. Was den Zurückkehrenden selber anbelangt, so mag man ihm aufs Wort glauben, daß er nicht nach Deutschland gekommen ist, um die Not des Vaterlandes zu vertäuschen. Doch wäre er von echtem Patriotismus beeilt, so hätte die Erwögung der inneren Umstände und äußeren Beziehungen des Reiches ihm sagen müssen, daß er dem Vaterland für das Augenblick nicht besser dienen könnte, als durch seine Abwesenheit.

Berlin, 10. November. (Eig. Tel.) Die Botschaftskonferenz ist durch den deutschen Gesandtschaftsrat in Paris antragen lassen, ob die Deutsche Regierung mit der Rückkehr des ehemaligen Kronprinzen nach Deutschland einverstanden sei. Die deutsche Regierung wird demnächst die Antwort erteilen. In welchem Sinne sie ausspielen wird, kann kaum zweifelhaft sein, da die deutsche Regierung bereits am 28. Oktober, also zu einer Zeit, wo die Sozialdemokraten noch im Reichstag waren, beschlossen hat, die Rückkehr des Kronprinzen zu gestatten. Der Kronprinz hat bereits zwei Tage darauf, am 28. Oktober, seinen Pass für die Reise erhalten.

Räuber und Mörder

München, 10. November. (Eig. Tel.) Die in der Nacht vom 8. zum 9. November geräubten Räume der sozialistischen "Münchener Post" bieten ein grauenhaftes Bild der Verüstung. Alle Fensterscheiben sind zerbrochen, drei Tische offenbar mit schweren Werkzeugen verschlagen, die Bilder von den Wänden heruntergerissen, die Altenküste aus den Schränken herausgeworfen, in der Segerei sind die Fußböden mit riesigen Haufen von Lettern bedeckt. Ein Seher erläuterte mir, daß sie, wenn sie alle zusammen ein Jahr arbeiteten, um die Lettern wieder zu ordnen, nicht mit dieser Arbeit fertig werden würden. Bei dem Raubzug wurden auch fünf Schreibmaschinen mitgenommen.

Nicht anders haben die Banditen in der Wohnung des Abgeordneten Auer gehandelt. In der Nacht fuhr eine Bande im Kraftwagen vor, um Auer zu verhören. Frau und Tochter wurden mißhandelt. Der Kassenschrank, Schreibtisch und die Schränke wurden durchsucht, Wäsche und Kleidungsstücke herausgeworfen. Nach drei Stunden fuhr die Bande nochmals vor, um eine neue Durchsuchung vorzunehmen. Auer selbst war verteilt.

Die im Rathaus verhafteten sozialdemokratischen Stadträte und der Bürgermeister wurden mißhandelt, aus dem Sitzungssaal gezerrt, von halbwüchsigen Burschen und Frauenzimmern angespuckt und beschimpft und im Bürgerbüro einer Selbstunterstüzung unterzogen. Schließlich wurden sie ausserhalb Münchens gebracht und von einem Trupp mit vorgehaltener Maschinengewehr in einem nahen Wald zur Erschießung aufgestellt. In allerletzter Minute gelang es einigen Männern, die dem Transport von München aus in einem anderen Auto gefolgt waren, durch eine List den Bürgermeister und die Stadträte zu bestreiten. Der Bürgermeister lebte unter einer schweren seelischen Belastung, Rechtsanwalt Dr. Ruhbaum wurde durch einen Geschöpften an der Stirn nicht unerheblich verletzt.

Die Säuberungsaktion in München

München, 10. November. Ministerpräsident Dr. von Kneiting, die Minister Schreyer und Wugelhofer, Polizeipräsident Mantel, Regierungsrat Bernzweiter und der Kabinettchef des Exkompromiss-Kooperations-Apparates, Graf Soden, die in der Villa Schumann in Giesing-Göpfersdorf gehalten waren, befinden sich seit Freitag nachmittags sämtlich wieder auf freiem Fuß.

Über die Todessopfer der gestrigen blutigen Zusammenstöße zwischen Hitler-Leuten und Schutzbürgern vor dem Haupteingang der Residenz weiß bekannt, daß nach den bisherigen Feststellungen zwölfe Opfer zu beklagen sind, darunter der Beamte des

Buchdruckerstreit in Berlin

Die Hauptstadt ohne Zeitungen

Berlin, 10. November. (Eig. Tel.) In einer gemeinsamen Versammlung der Buchdrucker und Buchdrucker-Hilfsarbeiter wurde gestern beschlossen, die Arbeit einzustellen, falls die Lohnforderung von 35 Goldmark für die Woche vom 3.—9. November und einer Nachzahlung von 10 Goldmark für die Vorwoche nicht erfüllt werde. Nachdem in der Verhandlung der beteiligten Organisationen gestern abend der Spikenlohn für die laufende Woche auf 34 Billionen Mark festgelegt worden ist, haben die Arbeitnehmer heute Rotdruckerei wird nicht gearbeitet. Von Verhandlungen zwischen den streikenden Parteien ist bisher keine Rede. Heute mittag um 2 Uhr findet eine neue Konferenz statt.

Das Angebot der Verleger

Berlin, 10. November. (Eig. Tel.) Die Arbeitgeber im Berliner Buchdruckereibetrieb haben den Schiedspruch des Arbeitsministeriums angenommen, der für die laufende Woche noch Papiermarklohn,

für die kommende aber Goldlohn in Höhe von 25 Mark festlegt. Sie haben ferner beschlossen, falls die Arbeiter in den Zeitungsbetrieben und anderen Druckereien nicht spätestens zur heutigen Radikalität ihre Arbeit wieder aufnehmen, ihre Betriebe zu schließen.

"Kampfbundes" Dr. von Schreyer-Richter, Ferner Theodor von Pfeiffer, Rat am Obersten Bundesgericht, und ein Leutnant a. D. Karl Pfeiffer. Bei dem Zusammensetzen haben auch Angehörige der Landespolizei schwere Belästigungen erlitten. Die Entwaffnung der Nationalsozialisten soll fast vollkommen durchgeführt sein. Gestern abend wurde eine Proklamation des Generalstaatskommissars öffentlich angeschlagen, die der Bevölkerung Kenntnis von der

Einschaltung von Standgerichten

aus. Ferner hat der Generalstaatskommissar angeordnet, daß für den Bereich von München, Land ab 8 Uhr abends bis 6 Uhr morgens jeder Verkehr auf öffentlichen Straßen und Plätzen in nächster Zeit unterstellt ist. Ferner werden 250 barrikadenartiger Art, Theatersaalführungen und Konzerte bis auf weiteres verboten. Gastronomie und Schankwirtschaften haben um 22 Uhr zu schließen. Ueberzügelungen dieser Anordnungen werden mit strengen Strafen geahndet.

Über die geistigen Vorgänge wird weiter bekannt, daß Freitag mittag Truppen in den Rathausaal eindrangen und die Haltung der Schwarzwälder Fahnenträger verlangten, was von den anwesenden sozialdemokratischen und kommunistischen Stadtätern verweigert wurde. Besetzte Nationalsozialisten verhafteten daraufhin den sozialdemokratischen Bürgermeister Schmid und mehrere Stadträte der Linksparteien, die im Auto abgeführt wurden. In den Straßen der inneren Stadt sah man Autos mit bewaffneten Nationalsozialisten, die antisemitische Agitationen verbreiteten. In der Polizeidirektion erklärten die Zugleute, sich hinter Auto und LKW zu stellen.

Die Säuberungsaktion

noch seitens der Reichswehr und der Landespolizei wurde um 11 Uhr vormittags aufgenommen, wo in vollständig kriegsmäßiger Ausbildung Truppen in die innere Stadt vorrückten. Um 12 Uhr hatten diese die Ludwigstraße erreicht. Hinter einem Drahtzaun hatten sich vor dem Kriegsministerium die Truppen des "Kampfbundes" verschanzt. Während an dieser Stelle von den Offizieren gegenüber vereinbart war, nicht zu schießen, kam es hier zu der gleichen Aktion vor der ehemaligen Reichsbahnhalle bei der Feldherrnhalle zu einem blutigen Zusammenstoß zwischen Nationalsozialisten und Schupo. Dort marschierte, geführt von Hitler und Ludendorff, ein Trupp Nationalsozialisten heran. Eine Absperrungsette der Landespolizei ließ den Zug nahe herankommen. Als Hitler den Schupo-Polizisten auffiel, die sullen sich ergeben, wurde von einem Teil dieser Leute dieser Aufforderung Folge geleistet, während der Rest von den Schupo-Polizisten geschossen wurde. In diesem Augenblick stürzte die nordreiche Seite des Hitlerzuges in die Feuer zusammen. Die Verbrennung wurde noch größer, als ein weiterer Feldherrnhalle stehender Panzerzug noch Menschen in engem Weitmaß auf die Menge rückte. Als die Straße leer war, sah man erst, wieviel Opfer das Feuer gesordnet hatte. Über das Verhalten der Hitlertruppen wird bekannt, daß sich die Nationalsozialisten, soweit sie nicht entflohen wurden, gegen Ostn. der Stadt zurückzogen. In den verschiedenen Vororten der Stadt wurden weitere Schießereien mitgenommen.

Ein bayerisch-ungarischer Holentreuzler-Duft

Budapest, 9. November. (Eig. Tel.) Am Mittwoch wird der Tag des Vertrages veröffentlicht, den die ungarischen Holentreuzler mit den bayrischen Holentreuzlern vereinbart haben.

In § 1 wird festgestellt, daß „die beiden Staaten“ politisch und militärisch in engste Gemeinschaft miteinander stehen und beschlossen, unter allen Umständen zusammenzuhalten.

Beide Staaten bleiben souverän und enthalten sich der Einmischung in die inneren Angelegenheiten des anderen. Beide können mit deutschem Staaten Verträge abschließen, wenn in einem Vertrag mit einem dritten Staat die Interessen des anderen berücksichtigt werden.

In § 8 erkennen Bayern die ungarischen Grenzen, wie sie vor dem Juli 1914 bestanden haben, an; ebenso verpflichtet sich Ungarn, die alten österreichischen Grenzen anzuerkennen. In § 9 erkennen beide Staaten etwaige Gebietsveränderungen des anderen an. Beide Staaten verpflichten sich, zur Errichtung des angestrebten Ziels, der Wiederherstellung der nationalen Diktatur, einander gegenseitig mit aller Mitteln zu unterstützen. In § 9 wird wiederholzt, dass Bayern „Waffen-Mannschaften mit Spezialausbildung“ für die ungarische Armee verfügbare machen werden. Auch die Schulen sind aufgefordert, sich an dem Museumswettbewerb zu beteiligen, der je so reich prämiert ist, daß die Schulen die schlesische Holzkunst zu pflegen. Da die Veröffentlichung der Einzelheiten einige Zeit benötigt, so muß die Einlieferung bis spätestens Sonnabend, den 1. Dezember erfolgen. Die Arbeiten sind mit Kennwort und Preisumschlag, in dem sich die Anschrift des Verfertigers befindet, an den Holzmarkt, Dresden-N., Schirkgasse 24, abzugeben.

Einigungsverhandlungen bei der Rechten

Berlin, 10. November. (Eig. Tel.) Im Reichstag halten heute vormittag die Deutschen Nationalen und die Deutsche Volkspartei wiederum Stundenlange Fraktionssitzungen ab. Die Deutsche Volkspartei nahm zunächst ohne Kenntnis, daß der Oberbürgermeister Dr. Jägers (Görlitz) den Vorsitz des Reichsministers des Innern übernehmen werde, und besprach dan von neuem die Frage der Regierungsspitze. Die Mehrheit der Fraktion stellte sich hinter die Erklärung des fraktionsvorstehenden Dr. Scholz, daß der gestrige Beschuß der Deutschen Nationalen in einer ungünstigen Regierung durch die gegen die Person des Herrn Dr. Stresemann gerichtete Erklärung der Deutschen Nationalen von gestern abend hinfällig geworden sei. Trotzdem ist anzunehmen, daß damit noch nicht alle Brüder der Verhandlung zwischen den beiden Parteien abgeschlossen sind und daß die Verhandlungen fortgesetzt werden. Zur Mittagsstunde dauerten die Sitzungen der beiden Fraktionen noch an.

Ein Bekenntnis Stresemanns zur Demokratie

Berlin, 10. November. (Eig. Tel.) Über die gestrige Unterhaltung des französischen Botschafters in Berlin sind allen Berliner Blättern durch ihre Botschaftsvertreter ziemlich gleichlautende Telegramme angedeutet. In denen heißt es, daß Herr Stresemann den französischen Botschafter mit höflicher Rücksicht empfangen und ihm erklärt habe, er stelle mit Genugtuung fest, daß die französische Regierung nicht ablehnend, sich in die inneren Angelegenheiten Deutschlands einzumischen. Außerdem teile er als Führer einer parlamentarischen Regierung die Überzeugung der Deutschen Nationalen, daß die Beteiligung der französischen Delegation unter den Fenstern des Generals de Magen ab.

Das Sprengere Botschaftsgebäude, das nicht ausreichend verteidigt werden konnte, ist von den separatistischen Banden besetzt worden. Sofort nach ihrem Eindringen wurden zu ihrem Schutz marokkanische Polizei vor dem Gebäude aufgestellt.

Eine Separatistenregierung in der Pfalz

Frankfurt a. M., 10. November. (Eig. Tel.) Über das separatistische Treiben in der Pfalz erhält die Frankfurter Zeitung aus Landau: Gestern auf die französische Botschaft, haben die Separatisten am Freitag hier eine autonome Regierung am Palais proklamiert. Obis ist Ministerpräsident und Josef Tränk Kultusminister. Obis ließ sich dann den Landauer Zeitungsverleger kommen und zwang ihn zu einer Sondererklärung. Durch die Stadt reisten dauernd französische Patrouillen.

Neues von Matthes

Berlin, 10. November. (Eig. Tel.) Das Düsseldorf wird dem Hauses-Büro mitgeteilt, daß Herr Matthes in einer an den belgischen Kommissar gerichteten Note dem Vertreter Belgien mitgeteilt habe, daß er dem Präsidenten der Rheinlandkommission Alten abgesetzt habe, aus denen herausgehe, daß die Aktion des Herrn Deedes in Aachen seinerzeit durch belgische Stellen unterstützt worden sei. Gleichzeitig meldet Haas aus Düsseldorf, daß Herr Matthes an den englischen Oberkommissar bei der Rheinlandkommission ein Protestschreiben wegen Neutralitätsverletzung gerichtet habe, deren gegen die Person des Herrn Dr. Stresemann gestern abend hinfällig geworden sei. Trotzdem ist anzunehmen, daß damit noch nicht alle Brüder der Verhandlung zwischen den beiden Parteien abgeschlossen sind und daß die Verhandlungen fortgesetzt werden. Zur Mittagsstunde dauerten die Sitzungen der beiden Fraktionen noch an.

Museums-Wettbewerb für Weihnachten

Im Landesmuseum für Sachsen-Anhalt, Dresden-N., Albrechtstraße 1 (Seite Altes), soll auch dieses Jahr Weihnachten gezeigt werden. Wie früher wird Groß und Klein um Mitarbeit gebeten. Der Landesverein Sachsen-Anhalt bittet alle „Bauten“, Proben von Selbstgefertigten, einschließlich Christbaumkranz einzusenden. Hofrat Professor Seiffert, Oberlehrer Büchner, Schriftsteller Hahnwald und Oberlehrer Enderlein werden eine Auswahl treffen. Die ausgewählten Schmuckstücke sollen dann von den Herstellern nach Vereinbarung mit dem Landesverein für die einzelnen Preise veräußert werden. Auch die Schulen sind aufgefordert, sich an dem Museumswettbewerb zu beteiligen, der je so reich prämiert ist, daß die Schulen die schlesische Holzkunst zu pflegen. Da die Veröffentlichung der Einzelheiten einige Zeit benötigt, so muß die Einlieferung bis spätestens Sonnabend, den 1. Dezember erfolgen. Die Arbeiten sind mit Kennwort und Preisumschlag, in dem sich die Anschrift des Verfertigers befindet, an den Holzmarkt, Dresden-N., Schirkgasse 24, abzugeben.

Ein französisches Urteil

Berlin, 10. November. (Eig. Tel.) Kriegsminister Magnot gab nach seiner Rückkehr aus dem Ruhestand den Vertretern der Presse eine Reihe von Erklärungen ab. Das "Echo de Paris" teilte über diese Erklärungen mit, daß Herr Magnot bemerkte habe, daß die Belehrungen zwischen der Bevölkerung und den Besatzungsbehörden hätten sich vollkommen geändert, so daß die Einstellung des pariserischen Widerstandes nunmehr vollkommen sei.

Der österreichische Reichsverband der Kriegsbeschädigten hat dem Bunde der Reichsdeutschen in Österreich zur Erfahrung von Lebensmitteln für notleidende Kriegsbeschädigte und deren Hinterbliebene im Deutschen Reich zwei Millionen Kronen übergeben. — Der oberösterreichische Landesrat hat einstimmig beschlossen, für die Notleidenden in Österreich fünf Millionen Kronen weiter zuwidmen.

Ameritas Rückzieher

Paris, 10. November. (Eig. Tel.) Haas meldet aus Washington: Die Regierung der Vereinigten Staaten hat endgültig beschlossen, an der Sachverständigenkonferenz zur Prüfung der deutschen Zahlungsfähigkeit nicht teilzunehmen.

Das verschleierte Raubsystem der Pfänder

Paris, 10. November. (Eig. Tel.) Haas meldet aus London, daß sich die öffentliche Meinung mehr und mehr mit der Lage Deutschlands und den Folgen, die sich für England aus dieser ergeben könnten, befasse. In politischen und besonders auch in wirtschaftlichen Kreisen, wo man gehe, daß die französischen Pfänderpolitik Erfolg gehabt habe, drücke man die Ansicht aus, daß England seinesfalls ebenfalls dazu übergehen müsse, Gewerken zu ergreifen, um seine Interessen zu wahren und eine Kompensation für die Abfuhr seiner Schulden an die Vereinigten Staaten zu finden. Um eine Lösung dieses Problems zu erreichen, müsse man die Erziehung von Pfändern durch Großbritannien ins Auge fassen, z. B. Erhebung der Hölle im Hamburger Hafen.

Eisenstürmige Berlogenheit

Paris, 10. November. (Eig. Tel.) Wie dem "Petit Parisien" mitgeteilt wird, hatte der englische Botschafter in Paris, Lord Greene, gestern nachmittag mit Poincaré eine Unterredung über die sogenannte Unabhängigkeitbewegung in der Pfalz gehabt. Diese Bewegung fließt der englischen Regierung eine gewisse Unruhe ein. Bei dieser Gelegenheit habe Poincaré dem englischen Botschafter versichert, daß der französischen Bevölkerung sehr keinerlei Befreiung zugänglich sei, gegenüber der pfälzischen Unabhängigkeitbewegung strengste Neutralität zu bewahren.

Frankfurt a. M., 10. November. (Eig. Tel.) Über einen Sturm auf die Speyerer Regierung wird der Frankfurter Zeitung aus der Pfalz gemeldet: Vierhundert auswärts herbeigehende Separatisten unternehmen seit heute morgen 6 Uhr einen Sturm auf die Regierungsbauten für Ungarn und die Lieferung ungarischer Lebensmittel für Bayern deklariert. Es wird den englischen Botschafter versichert, daß der französischen Bevölkerung sehr keinerlei Befreiung zugänglich sei, gegenüber der pfälzischen Unabhängigkeitbewegung strengste Neutralität zu bewahren.

Frankfurt a. M., 10. November. (Eig. Tel.) Über einen Sturm auf die Speyerer Regierung wird der Frankfurter Zeitung aus der Pfalz gemeldet: Vierhundert auswärts herbeigehende Separatisten unternehmen seit heute morgen 6 Uhr einen Sturm auf die Regierungsbauten für Ungarn und die Lieferung ungarischer Lebensmittel für Bayern deklariert. Es wird der englischen Botschafter versichert, daß der französischen Bevölkerung sehr keinerlei Befreiung zugänglich sei, gegenüber der pfälzischen Unabhängigkeitbewegung strengste Neutralität zu bewahren.

Paris, 10. November. (Eig. Tel.) Das nicht ausreichend verteidigte werden konnte, ist von den separatistischen Banden besetzt worden. Sofort nach ihrem Eindringen wurden zu ihrem Schutz marokkanische Polizei vor dem Gebäude aufgestellt.

Das Sprengere Botschaftsgebäude, das nicht ausreichend verteidigt werden konnte, ist von den separatistischen Banden besetzt worden. Sofort nach ihrem Eindringen wurden zu ihrem Schutz marokkanische Polizei vor dem Gebäude aufgestellt.

Das Sprengere Botschaftsgebäude, das nicht ausreichend verteidigt werden konnte, ist von den separatistischen Banden besetzt worden. Sofort nach ihrem Eindringen wurden zu ihrem Schutz marokkanische Polizei vor dem Gebäude aufgestellt.

Das Sprengere Botschaftsgebäude, das nicht ausreichend verteidigt werden konnte, ist von den separatistischen Banden besetzt worden. Sofort nach ihrem Eindringen wurden zu ihrem Schutz marokkanische Polizei vor dem Gebäude aufgestellt.

Das Sprengere Botschaftsgebäude, das nicht ausreichend verteidigt werden konnte, ist von den separatistischen Banden besetzt worden. Sofort nach ihrem Eindringen wurden zu ihrem Schutz marokkanische Polizei vor dem Gebäude aufgestellt.

Das Sprengere Botschaftsgebäude, das nicht ausreichend verteidigt werden konnte, ist von den separatistischen Banden besetzt